Bezugspreis: Vierteljährlich in Neuenbürg ℳ 1 000 000. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonstigen inländischen Verkehr ℳ 8 000 000 mit Postbestellgebühr.
Preise freibleibend, Abänderung vorbehalten. Bei Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.
Postscheckkonto Nr. 24 bei der O.A.Sparkasse Neuenbürg

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile od. deren Raum i. Bez. Grundzahl 45 ℳ, außerh. 50 ℳ einschl. Inseratensteuer. Kollektivanzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte u. Auskunfterteilung 100 000 ℳ. Rekl.-Zeile 120 ℳ. Schlüsselzahl z. Zt. 50 000. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 6 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früher. Vereinbarungen außer Kraft. Fernsprecher Nr. 4. Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 231. | Neuenbürg, Mittwoch, den 3. Oktober 1923. | 81. Jahrgang.

Deutschland.

Berlin, 2. Okt. Wegen der Vorfälle in Düsseldorf wird die deutsche Regierung eine Protestnote an Frankreich richten.

Das Reichsmietengesetz.

Das württ. Ministerium des Innern läßt sich über die Durchführung der Reichsmiete u. a. vernehmen wie folgt: Die Festsetzung der Zuschläge auf wertbeständiger Grundlage ist notwendig geworden, um den Vermieter, der der Steigerung der Preise der Instandsetzungsarbeiten ausgesetzt ist, vor der Entwertung des ihm zur Deckung dieser Kosten zustehenden Geldes zu schützen. Wenn in der Bekanntmachung vom 30. August 1923 bestimmt ist, daß es bei Zuschlagszahlungen für den Monat September, die bis 4. September einschließlich geleistet werden, ohne Rücksicht auf Veränderung des Goldzollaufgeldes bei den früheren Sätzen bleibt, so bedeutet dies ein Entgegenkommen an die Mieter. Eine nachträgliche Aenderung der für den Monat September festgesetzten Zuschläge ist nach § 11 des Gesetzes nicht zulässig und würde auch sachlich nicht begründet sein, da die erfolgte Festsetzung sich durchaus im Rahmen der Geldentwertung hält. Wenn nun das Ministerium des Innern erklärt, vom Goldzollaufgeld abgegangen und zum Lebenshaltungsindex übergegangen ist, so war hierfür die Erwägung maßgebend, daß eine Festsetzung der Hundertsätze auf der Grundlage der Lebenshaltungsindexziffer für weite Kreise der Bevölkerung verständlicher und anzunehmen ist, daß dieser Index geringeren Schwankungen unterliegt als dies beim Goldzollaufgeld der Fall ist. Die Frage der Außerkraftsetzung des Reichsmietengesetzes für Mietverträge über gewerbliche Räume wird das Ministerium zunächst nicht weiter verfolgen, weil das Reichsarbeitsministerium, dessen Zustimmung erforderlich wäre, sich dagegen ausgesprochen hat. Da es nun aber Tatsache ist, daß es den Gewerbetreibenden in der Hauptsache gelungen ist, sich den veränderten Verhältnissen anzupassen, und von wenigen Ausnahmen abgesehen, ihre Waren durchweg nach Goldmark verkaufen, während sie den Vermieter mit einem Geldbetrag abfinden, der zu dem Nutzen, den sie aus den gemieteten Räumen ziehen, in keinem Verhältnis steht, so wird den Gemeindebehörden die Festsetzung eines angemessenen Mietzuschlags nahegelegt. Die Bekanntmachung regelt nur die Höhe der Zuschläge unter Berücksichtigung der Zeit ihrer Fälligkeit. Dagegen läßt sie die Zeit der Fälligkeit der Mietzahlung unberührt. Sie begründet insbesondere keine Rechtspflicht des Mieters zur Vorauszahlung; vielmehr verbleibt es nach wie vor bei der Vorschrift des § 551 BGB., wonach der Mietzins nach Ablauf der einzelnen Zeitabschnitte zu entrichten ist, falls im Mietvertrag nichts Abweichendes vereinbart ist. Die Frage, ob der Vermieter die erst später fällige Monatsmiete schon im Laufe des Monats, ob er also eine Vorauszahlung annehmen muß, ist im allgemeinen zu bejahen, da nach BGB. § 271 Abs. 2 im Zweifel davon auszugehen ist, daß der Gläubiger (Vermieter) die Leistung nicht vor der — gesetzlich oder vertraglich — bestimmten Zeit verlangen, der Schuldner (Mieter) sie aber vorher bewirken kann. Voraussetzung ist jedoch, daß der Mieter den Betrag der Mietsschuld bezahlt in der Höhe und in der Art, wie sie nach Gesetz und Vertrag zu bewirken ist, dem Vermieter in der Regel tatsächlich anbietet; bei der Berechnung der Höhe der Zuschläge ist hierbei die zur Zeit des Angebots maßgebende Richtzahl zu Grunde zu legen. Lehnt der Vermieter ein derart beschaffenes Angebot des Mieters ab, so kommt er in Annahme-(Gläubiger)verzug, der zur Folge hat, daß die Gefahr der weiteren Geldentwertung auf den Vermieter übergeht. Eine Pflicht des Vermieters zur Uebersendung einer Berechnung (Miete-Aufstellung) oder einer Zahlungsaufforderung an den Mieter kennt durch die Bekanntmachungen so wenig begründet werden, wie durch die vorangegangenen Festsetzungen der Hundertsätze. Der Mieter wird aus dem Unterbleiben der Zusendung einer Miete-Aufstellung im allgemeinen keine rechtlichen Vorteile für sich ableiten, also insbesondere nicht die Begründung einer niedrigeren Richtzahl verlangen können.

Die württembergische Zentrumspartei zur Lage.

Die württembergische Zentrumspartei hatte auf Sonntag den Bundesausschuß zu einer Tagung nach Stuttgart zusammengerufen. Reichstagsabgeordneter Andre schilderte die Lage. Ueber die württembergischen Verhältnisse sprach Minister des Innern, Bolz. Zur Beunruhigung in Württemberg liegt kein Anlaß. Die Regierung sei stark genug, mit den ihr zur Verfügung stehenden Machtmitteln gegen Putsche, von welcher Seite sie kommen mögen, mit der nötigen Raschheit und Energie einzugreifen. Notwendig sei, daß der ordnungsliebende Teil der Bevölkerung die Regierung in ihren Maßnahmen unterstütze. Arbeiterentlassungen und Betriebseinstellung in größerem Ausmaß müßten vermieden, verfügbare Lebensmittelbestände der konsumierenden Bevölkerung zugeführt werden. Weitere Entschließungen wurden angenommen, in denen es u. a. heißt: „Auch nach dem Abbruch des passiven Widerstandes muß die Befreiung von Rhein-, Ruhr- und Saargebiet und ihre ungeschmälerte Zugehörigkeit zum Deutschen Reich das Ziel der deutschen Politik bleiben. Sowohl zur Erreichung dieses Ziels wie zur Wiederherstellung geordneter Wirtschaftsverhältnisse ist die Fernhaltung aller Umsturzversuche von rechts und links unbedingte Voraussetzung. An die Anhänger unserer Partei und darüber hinaus an die gesamte ordnungsliebende Bevölkerung Württembergs richten wir daher die dringende Bitte, die Ruhe zu halten, die Nerven nicht zu verlieren und die Regierung in ihren Maßnahmen zu unterstützen. Alte Selbstzerfleischung in Wort und Schrift, bewaffneter Kampf im Innern fördern nur das Zerstörungswerk unserer Feinde. Wir fordern alle Volksgenossen auf, den Wiederaufbau unserer Wirtschaft nach Kräften zu fördern, Betriebseinschränkungen wo irgend möglich zu vermeiden und die Arbeitswilligen vor Terrorakten zu schützen. Die Landwirtschaft bitten wir, zur Sicherung der Volksernährung alles aufzubieten, erwarten aber auch, daß die Regierung durch zweckentsprechende Tarifpolitik und Maßnahmen der Kreditgewährung die Heranbringung der Landerzeugnisse in die Städte fördert. Wir fordern eine gerechte Steuerpolitik. Die Härten der gegenwärtigen Steuern, die in ihrer schematischen Anwendung weitgehend produktionsja sogar existenzvernichtend wirken, müssen schleunigst gemildert werden. Erste Voraussetzung zur Gesundung der Wirtschaft ist die Schaffung einer festen Währung, die in unserem Volk Arbeitsfreude, Sinn für Sparsamkeit und wirtschaftlichkeit wieder weckt."

Nach Cayenne verschleppt.

Nach bei der „Bergisch-Märkischen Zeitung" eingegangenen Nachrichten sind die im Schlageter-Prozeß zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilten Angehörigen der Organisation Heinz, Sadowski, Zimmermann, Becker, Pullmann, Pisping und Werner in Cayenne, der französischen Verbrecherkolonie, eingetroffen. Mit solchen Fußtritten beantwortet Frankreich den deutschen Verständigungswillen.

Zur kräftigen Abwehr von Plünderungen auf dem Land

ruft der Thüringer Landbund auf. Er schreibt u. a.: Selbst ist der Mann, wenn Gefahr im Verzuge ist, und wer auf die Polizei warten will, wartet meist vergebens. Auf das Läuten der Sturmglocke haben sich alle Wehrfähigen an bestimmter Stelle zu sammeln, Jungbauern und Radfahrer sich bereit zu halten und Hilfe aus den Nachbarorten zu holen. Und wer sich drücken will, wird dem Besuche des Raubgesindels empfohlen. Bei aller Not in manchen städtischen Kreisen handelt es sich bei solchen Plünderungen meist nicht um tatsächlich Notleidende. Umsturzgelüste und politischer Fanatismus sind die Ursachen. Notleidende plündern und drohen nicht, sie kommen auch nicht mit Waffen und in organisierten Zügen. Und wo Not ist, hat der Bauer, so weit er kann, die Pflicht, zu helfen. Gegen alles böswillige Gesindel, das kein Interesse an Ruhe und Ordnung hat, wird er sich zur Wehr setzen; er muß es, und zwar mit allen Mitteln, die ihm zu Gebote stehen. Bauern, organisiert die Abwehr!

Zum Verbot des „Völkischen Beobachters".

Berlin, 2. Okt. Der „Völkische Beobachter", das Münchener Hauptorgan der Münchener Nationalsozialisten, ist, entgegen dem von dem Reichswehrminister über ihn verhängten Verbot, am gestrigen Montag in zwei Ausgaben erschienen. Wie wir hierzu erfahren, wird das Verbot durch den für den Wehrkreis Bayern eingesetzten Militärbefehlshaber selbstverständlich durchgeführt werden. General von Lossow hat den Befehl, falls das Blatt sein Erscheinen nicht freiwillig einstellt, die Druckerei durch Reichswehr besetzen zu lassen.

Der Reichselternbund zur schulpolitischen Frage.

In einer aus den verschiedenen Teilen Deutschlands beschickten Führertagung in Berlin nahm der zwei Millionen Mitglieder umfassende Ebang. Reichselternbund zur gegenwärtigen schulpolitischen Lage Stellung. Einmütig wurde die Unhaltbarkeit der Zustände im Schulwesen, namentlich der norddeutschen und mitteldeutschen Länder, insbesondere mit Rücksicht auf den inneren Frieden betont und entschieden Stellung genommen gegen etwaige Absichten auf Zurückziehung des Reichsschulgesetzes. In einer an Reichstag und Reichsregierung gerichteten Erklärung wird gefordert, daß auf der so lange Zeit umkämpften Grundlage der Gesetzesentwurf mit Ueberwindung aller entgegenstehenden Schwierigkeiten ein baldiger und gerechter Schulfriede geschaffen wird.

Ein bayerischer Sozialdemokrat zur Lage.

Berlin, 1. Okt. Es ist erfreulich, inmitten der nervösen Ungeduld, die am liebsten die ohnehin hergehohen Schwierigkeiten der Lage vermehrt sehen möchte, einmal die Stimme eines ruhigen Mannes zu hören. Das ist der bayerische Landtagsabgeordnete Erhardt Auer, der gestern von einem Mitglied der „Vorwärts"-Redaktion über seine Meinung befragt worden ist. Auer warnt vor der gefährlichen Nervosität in Berlin, die die bayerische Sozialdemokratie nicht empfände, und rät nachdrücklich dazu, den kühlen Kopf zu bewahren. Er meint, es wäre besser gewesen, die Reichsregierung hätte den Ausnahmezustand 24 Stunden früher erlassen. Dann wäre man der bayerischen Verfügung zuvorgekommen und der ganze Konflikt wäre vermieden gewesen. Bisher hätte Kahr in drei Fällen versucht, gegen die Weisungen des Generals von Lossow zu handeln, hätte dann aber jedesmal der Durchführung glatt nachgegeben. Rechtlich bestehe der bayerische Ausnahmezustand — und das ist unzweifelhaft richtig — überhaupt nicht mehr. Mit der Verhängung des Reichsausnahmezustandes hätte er automatisch aufgehört zu existieren. Folglich wäre es auch verfehlt, wenn das Reich ihn nun aufheben würde: „Was nicht besteht, hebt man nicht auf!" Es käme nun darauf an, die bayerische Regierung zu zwingen, diesen Tatbestand formell und praktisch anzuerkennen. Auer, der Sozialdemokrat, rät für diesen Fall zunächst zu Verhandlungen, die in der Tat ja auch bereits im Gange sind. Die bayerische Sozialdemokratie warte das Ergebnis ohne Nervosität ab. „Wir stehen auf dem Standpunkt, daß das Reich ein Scheitern, also den offenen Konflikt und den Bruch, nicht zu fürchten braucht. Aber was wir vermieden wissen möchten, das wäre ein Fehlgriff, der die ganze, in ihren persönlichen Ambitionen und politischen Zielen durchaus uneinige Gesellschaft mit einem Schlag zusammenführen würde." General von Lossow, der von verschiedenen Stellen in Berlin auch verdächtigt worden ist, nennt Herr Auer durchaus reichstreu und loyal.

Ausland.

Konstantinopel, 2. Okt. Das Ministerium des Aeußern hat der amerikanischen Flotte mitgeteilt, daß sie unverzüglich den Hafen von Konstantinopel zu verlassen habe.

Baldwins Rede auf der Reichskonferenz.

London, 2. Okt. In der gestrigen Eröffnungssitzung der Reichskonferenz erklärte Baldwin, nachdem er kurz die Entwicklung der Reparationsfrage gekennzeichnet hatte: „Die Noten, die zwischen uns und der französischen Regierung seit der Januarkonferenz gewechselt worden sind, haben immer mehr eine Meinungsverschiedenheit über die beste Art gezeigt, von Deutschland Reparationen zu erlangen und die Sache des ständigen Friedens in Europa zu fördern. Diese Meinungsverschiedenheiten spiegeln Unterschiede in dem Temperament und den Anschauungen zweier Nationen wider, die unbeachtet zu lassen, töricht wäre. Indessen haben die letzten 20 Jahre gezeigt, daß sie nicht unvereinbar sind mit ehrlicher Zusammenarbeit angesichts einer großen Gefahr. Wir haben alle Nerven angespannt, um die Solidarität der Verbündeten und besonders die Entente mit Frankreich zu bewahren. Wir haben dies getan in dem Glauben, daß ein Bruch zwischen uns und Frankreich den Frieden, dessen Europa so dringend bedarf, weiterhin hinausschieben würde. In diesem Augenblick scheint es, daß wir in eine neue Phase eintreten, in den Zusammenbruch des deutschen Widerstandes. Wie sich die neue Lage entwickeln wird, wage ich nicht vorauszusagen. Aber eines wird täglich klarer, daß wir nur durch engste Zusammenarbeit und vollständiges Vertrauen der Verbündeten zueinander auf eine Regelung der Schwierigkeiten in Europa hoffen können. Baldwin drückte Befriedigung darüber aus, daß die Krise in den Beziehungen zwischen Griechenland und Italien, welche ernsten Umfang anzunehmen drohte, geregelt worden sei, und verwies besonders auf die sehr zweckmäßige und wirksame Rolle, die der Völkerbund gespielt habe. Der Friedensvertrag mit der Türkei habe nicht nur die wesentlichsten britischen Interessen geschützt, sondern vielleicht die Grundlage eines Zeitabschnittes verhältnismäßiger Ruhe und wirtschaftlichen Wiederaufbaus gelegt. Hierauf sprach Baldwin von der Fundierung der britischen Schuld in Amerika. Dieser Schritt sei eine wesentliche Vorbereitung für die Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher Verhältnisse in der Welt gewesen. Die Schulden der großen Nationen müßten anerkannt werden, wenn die Grundlagen des kommerziellen Fortschrittes erhalten bleiben sollten. Baldwin sagte weiter: „Die britische Regierung hat sich sehr gegen ihren Wunsch zur Verstärkung ihrer Luftverteidigungswaffe entschlossen. Großbritannien würde sich freuen, mit anderen Regierungen bei einer Einschränkung der Stärke der Luftrüstungen zusammenzuwirken, ähnlich wie dies bezüglich der Marine durch das Washingtoner Abkommen geschehen sei. Einer der wichtigsten Punkte auf der Tagesordnung der Konferenz sei die Frage des Handels innerhalb des Reichs. Die wirtschaftliche Lage Europas mache es erforderlich, daß England seine Augen anders wohin richte. Die Hilfsquellen des britischen Reiches seien unbegrenzt und das Bedürfnis nach schneller Entwicklung mache sich bemerkbar. Er sei überzeugt, daß Maßnahmen vorgeschlagen würden, die jedem Beteiligten zum Vorteil gereichen würden." Schließlich beklagte Baldwin, daß der Umfang der Heere und das Geld, das für Rüstungen ausgegeben werde, heute beträchtlicher sei als 1914 und daß die wirtschaftliche Solidarität gebrochen sei. Er habe einen Trost gefunden in dem Werk des Völkerbundes, das den Entschluß enthüllt habe, dem Problem der Herabsetzung der Rüstungen gegenüberzutreten. Baldwin verwies besonders auf den Fall Oesterreichs als Beispiel für das, was durch internationale Zusammenarbeit für den Wiederaufbau nach gesunden wirtschaftlichen Richtlinie erreicht werden könne. Er sehe auch ein tröstliches Zeichen in der Einigkeit des britischen Reiches und in seinem tiefen und allgemeinen Wunsch nach Frieden. Baldwin ermahnte noch, daß Lord Curzon später ausführlicher die auswärtigen Angelegenheiten erörtern werde.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 2. Okt. (Erleichterung für den Most- und Weinherbst in Sicht.) Wie wir hören, sind Bestrebungen im Gange, ausländisches Mostobst, größtenteils aus Oesterreich, zum Teil aber auch aus der Schweiz und Oberitalien, einzuführen, um dem großen Mangel an einheimischem Mostobst abzuhelfen. Die Preise dürften sich trotz des Valuta-Unterschiedes auf Grund besonderer Vereinbarung billiger stellen, als die derzeitigen württ. Marktpreise. Auch in Anbetracht der ziemlich geringen aber qualitativ guten Aussichten auf den Weinherbst und der Schwierigkeit, einheimischen neuen Wein heuer auf den Gemeindekeltern zu erhalten, ist es von Interesse, zu hören, daß zur Zeit Verhandlungen schweben, die eine vergleichsweise billige Einfuhr ausländischer Weine ermöglichen sollen.

Neuenbürg, 1. Okt. (Die Pflege der Holzmasten.) Der pfleglichen Behandlung der Holzmasten ist bei den hohen Holzpreisen mehr denn je besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Es lohnt sich, die Holzmasten jedes Jahr, je nach der Bodenbeschaffenheit, zirka 30 Zentimeter freizulegen und mit Borat, Teer oder Karbolineum zu tränken. Nach den Erfahrungen der Reichspostverwaltung wird es als zweckmäßig erachtet, den Anstrich gleich auf 1,5 Meter Höhe über dem Boden zu erstrecken, da dadurch der Bockkäfer ferngehalten werden soll. Bei neuen Masten ist eine Teerung der Mastspitzen von Vorteil. Abgängige Masten wurden früher durch Anschienen unter Verwendung alter Eisenbahnschwellen noch weitere 8—10 Jahre gebrauchsfähig erhalten. Besonders stark belastete Gestänge und Verteilungsmasten in Ortsnetzen wurden auch in besondere Mastfüße gestellt, welche in ihrem Bodenteil aus Eisenbeton bestehen und daher nicht faulen. Heute ist dies den meisten Elektrizitätswerken wegen der hohen Kosten nicht mehr möglich, denn die Strompreise der Werke sind z. Zt. noch derart nieder, daß sie sich solche Ausgaben nicht leisten können und so sind jetzt die meisten Werke vielfach wieder gezwungen, den noch guten oberen Teil eines ausgewechselten Masten als Anschlußmasten weiter zu verwenden. Wenn die gesamte Oberfläche des An-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

schuhmasten gut mit obengenannten Imprägnierungsölen getränkt ist, so dürfte damit die endgültige Auswechslung um etwa 8 Jahre hinausgeschoben sein. Die mit Teerölen getränkten Hartholzschwellen der Eisenbahn halten erfahrungsgemäß etwa 35 Jahre. Diese Tatsache wird jetzt nutzbringend auch im Leitungsbau verwertet, indem eine bekannte alte Holzimprägnierungsanstalt, die in diesen Dingen über viel Erfahrung verfügt, einen Mastfuß aus Buchenholz fertigte, welcher, reichlich mit Teeröl behandelt, wohl ebenso lange, wie die Eisenbahnschwellen, also 35 Jahre, gebrauchsfähig bleiben soll. Die Verwendung dieses Mastfußes ist in waldreichen Gegenden von besonderem Vorteil, weil auch ein Rohholzmasten, außerhalb der Erde verwendet, der Fäulnis etwa 10—12 Jahre widersteht und sich somit seine Verwendung lohnt.

Ein Jubiläumstag auf dem Rotenbachwerk der Firma Krauth & Co.

Rotenbach-Werk, 1. Oktober 1923.

Vergangenen Samstag hatte das kleine Rotenbach seinen großen Tag. Es galt, das 50jährige Jubiläum seines Direktors, Herrn R. Holzer, zu feiern und zugleich 17 Veteranen der Arbeit mit 40 bis 60 Dienstjahren zu ehren. Nach dem Feierabend versammelte sich auf dem Bahnhof die Arbeiterschaft und zog gegen 6 Uhr unter den Klängen einer Musikkapelle ins Werk vor das Verwaltungsgebäude, wo der Jubilar noch seines Amtes waltete. Ein paar Arbeiter, frühere Feuerwerker, ließen es sich nicht nehmen, mit Böllerschüssen das Fest einzuleiten. Mit dem Lied „Kommt, kommt den Herrn zu preisen" eröffnete ein Sängerchor unter Leitung des Meisters Carl Bub den Festakt. Herr Carl Commerell, Teilhaber der Firma Krauth u. Comp., betrat sodann das Podium und hielt folgende Rede an den Jubilar:

„Wenn ich auch weiß, daß unserem verehrten Jubilar in seinem bescheidenen Sinn große Festlichkeiten nicht willkommen sind, so kann ich es mir doch nicht versagen, am heutigen Tage, an welchem er auf eine 50jährige Tätigkeit in der Firma Krauth u. Co. zurückblickt, einige Worte der Anerkennung und des Dankes an ihn zu richten.

Wenn im Laufe der vergangenen Jahrzehnte die Bedeutung der Firma stetig gewachsen ist und an Ansehen gewonnen hat, wenn ihr Name heute weit über die Grenzen unseres Vaterlandes hinaus einen guten Klang hat und in Fachkreisen sowohl bei der Kundschaft wie bei den eigenen Kollegen sich allgemeiner Achtung und Wertschätzung erfreut, so darf unser verehrter Herr Holzer gewiß für sich in Anspruch nehmen, daß sich der gute Ruf und die Bedeutung der Firma nicht zuletzt auf seine Persönlichkeit gründen. War doch seine ganze Lebensarbeit nur seinem Berufe gewidmet, den er von früh bis spät, ohne Rast und Ruhe, im Interesse des Geschäftes ausgeübt hat, sogar bis zu einem Grade, daß alle diejenigen, welche es von Herzen gut mit ihm meinten, oft gewünscht hätten, er möchte sich auch für sich selbst und für seine Familie etwas mehr Zeit und Erholung gönnen! Aber er kannte und kennt auch heute nichts als Arbeit und Pflichtgefühl; dieses Pflichtgefühl beherrscht sein ganzes Denken und Empfinden und wenn bei seiner impulsiven Natur hie und da vielleicht dem einen oder anderen gegenüber ein etwas strenges Wort gefallen ist, das ihm bei seinem trotz äußerer Festigkeit doch weichen Gemüt leid getan haben mag, so ist es nur mit Rücksicht auf das Geschäft geschehen, dessen Wohlergehen ihm über alles geht und dessen Wohlerzehen auch im Interesse der Gesamtheit der Angestellten und Arbeiterschaft liegt. Aber die Ueberzeugung habe ich im Laufe der langen Jahre der Zusammenarbeit mit unserem Jubilar gewonnen: Keiner von uns hat ihm einen scharfen Tadel übelgenommen oder gar nachgetragen, denn jeder von uns ist sich bewußt, daß er gegen sich selbst am härtesten war und deshalb glaubte, auch an andere denselben Maßstab anlegen zu müssen; daß aber der Grundzug seines Wesens doch Herzensgüte und Gerechtigkeitssinn ist. Und so haben wir alle, seien es die Inhaber der Firma, denen gegenüber er auch ein offenes Wort nicht scheute, wenn sie Fehler begingen, oder seine Untergebenen, den Tadel hingenommen als denjenigen eines väterlichen Freundes, von dem sie etwa in der Art des alten Bibelspruches „Wen der Herr lieb hat, den züchtigt er" wußten, daß alles nur gut gemeint war. Jeder, der mit den Verhältnissen einigermaßen vertraut ist, weiß, daß ein Betrieb nicht ohne eine energische Hand geführt werden kann und daß manchmal ein scharfer Wind wehen muß; wir sind von der Natur nicht alle mit den gleichen Gaben des Geistes und des Körpers ausgestattet, aber nur wenn jeder einzelne leistet, was in seinen Kräften steht, kann eine ersprießliche Arbeit geleistet werden. Und es freut mich, feststellen zu dürfen, daß der Anlaß zu der heutigen Feier aus dem spontanen Wunsche unserer Arbeiterschaft hervorgegangen ist, unserem verehrten Herrn Holzer zu zeigen, daß sie seine Tätigkeit anzuerkennen und zu schätzen wissen und auf diese Weise ihren Dank für seine treue Fürsorge zum Ausdruck bringen möchten.

Wir haben seit dem Krieg und infolge der uns durch seinen unglücklichen Ausgang auferlegten Lasten schwere Zeiten durchmachen müssen und wohl jeder von uns älteren, auch wenn er nicht auf Rosen gebettet war, sehnt sich die früheren Zustände herbei; aber die schlimmsten Tage stehen uns sicher erst bevor, und wir werden sie nur ertragen und durchhalten können, wenn wir erkennen, daß wir nicht durch Zwiespalt und die Vertretung eigennütziger Interessen, sondern nur mit Zusammenhalten und verständigem Miteinanderarbeiten zum allgemeinen Wohl uns langsam wieder emporarbeiten können. Und darum laßt uns unseren verehrten Herrn Direktor Holzer zum Vorbild nehmen als die Verkörperung eiserner Strenge gegen sich selbst, gepaart mit unwandelbarer Pflichterfüllung; die größte Freude, welche wir ihm bereiten können, wird die sein, wenn wir ihm am heutigen Tage geloben, jeder nach seiner Kraft und Anlage ihm nachzueifern, um damit auch die uns bevorstehenden schweren Tage zu überwinden und alles zum Guten zu führen.

In diesem Sinne laßt uns ihm heute danken für seine treue Arbeit und Sorge und ihm wünschen, daß er uns noch lange erhalten bleiben möge in geistiger Frische und körperlicher Gesundheit, auf daß auch ihm noch die Gewißheit beschieden sein möge, daß unser Volk die alte Blüte wieder erreichen werde, an welcher er für sein Teil sein ganzes Leben mitgearbeitet hat. Lassen Sie diesen Wunsch mit mir ausklingen in einem dreifachen unser allverehrter Herr Direktor Holzer lebe hoch!

(Schluß folgt.)

Württemberg.

Stuttgart, 1. Okt. (Die Bilderdiebe.) Der ledige Schlosser Eugen Strauß von Cannstatt, der Kunstmaler Viktor Nessel von Mittelbergheim, Karl und Josefine Reber und Lina Braun von Cannstatt, sämtlich vorbestraft, standen wegen des Bilderdiebstahls in der Wilhelma vor der Strafkammer. Strauß schnitt 8 wertvolle Oelgemälde, orientalische Motive von H. Mayer und Theod. Froere u. a., die der Fürstin zu Wied gehörten, aus den Rahmen und brachte sie in die Wohnung der Reber. Von dort wurden sie in die Wohnung des Nessel gebracht. Strauß erhielt nur 1000 Mk. Nessel reiste samt den Bildern nach Düsseldorf, wo sie verkauft wurden. Nur 3 Bilder konnten in Berlin beschlagnahmt und wieder beigebracht werden. Strauß erhielt wegen schweren Diebstahls 1½ Jahre Zuchthaus, abzüglich 3 Monate Untersuchungshaft und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre, Nessel wegen Anstiftung zu schwerem Diebstahl 2 Jahre Zuchthaus, Reber ebenfalls wegen Anstiftung 1 Jahr 2 Monate Gefängnis, abzüglich 3 Monate Untersuchungshaft, Frau Reber 8 Monate Gefängnis, abzüglich 14 Tage, Lina Braun 6 Wochen, abzüglich 12 Tage, Gefängnis.

Stuttgart, 2. Okt. (Ueberaltert?) Die ordentlichen Professoren Dr. Morgen an der Landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim und Dr. Fünfstück an der Technischen Hochschule Stuttgart sind von ihren Amtspflichten enthoben worden.

Stuttgart, 2. Oktbr. (Wenig veränderte Fleischpreise.) Vom Mittwoch ab kostet das Pfund Schweinefleisch 60 (+ 6) Millionen, Hammelfleisch wird auf 24—30 Millionen Mark ermäßigt.

Heilbronn, 1. Okt. (Trostlose Finanzlage.) Stadtpfleger Herion machte neulich im Gemeinderat Mitteilungen über die städtische Finanzlage: Die Steuereinnahmen vom 1. April bis 30. September stellen sich wie folgt dar: die Vergnügungssteuer hat 40 Milliarden ergeben (davon 38 Milliarden im September), der Anteil der Stadt an der Einkommensteuer betrug 28,8 Milliarden, (davon 27 im September), die Gemeindeumlage 15 Milliarden (davon im September 8), die Fremdenwohnsteuer 500 Millionen, die Hundeabgabe 280 Millionen, die Umsatzsteuer bloß 190 Millionen. Insgesamt sind an Steuern 84,8 Milliarden eingegangen. Dem stehen folgende Ausgabeposten gegenüber: der Anteil der Stadt an den Gehältern der bei ihr beschäftigten Beamten mit 580 Milliarden, die Löhne der städt. Arbeiter mit 920 Milliarden, die Sozialrentnerfürsorge mit 110 Milliarden. Sonstige Ausgaben mit 8—9 Billionen. Der Dammbau hat die Stadt 150 Milliarden, der Abwasserkanal 200 Milliarden gekostet. Im Monat September stehen einer Einnahme von 75 Milliarden Steuern Ausgaben in Höhe von 10—11 Billionen gegenüber.

Geislingen a. St., 2. Okt. (Gauner.) Ein Baumeister schickte einen Hotelburschen auf die Bank, um 30 Milliarden für ihn abzuheben. Der Bursche kam zurück und brachte nur 15 Milliarden mit dem Bemerken, nicht mehr erhalten zu haben. Nach Erkundigungen stellte es sich aber heraus, daß der Bursche mit den übrigen 15 Milliarden das Weite gesucht hat.

Salach, 2. Okt. (Raubgesindel.) Vor 3 Wochen erwischte ein Bauer mehrere Burschen beim Obstdiebstahl. Er wollte sie verjagen, wurde aber derart verprügelt, daß er heute noch das Bett hütet. Jetzt wurden demselben Bauern bei hellem Tage drei Bäume mit Aepfeln vollständig geleert. Die Täter sind entkommen. Einem anderen Bauern wurde ein ganzer Kartoffelacker geplündert. Man spricht von 400 Stöcken, die gestohlen wurden. Der Feldschütz von Süssen hat an einem Abend sechs junge Burschen, die teilweise mit Schubkarren ausgerüstet waren, beim Obst- und Kartoffeldiebstahl erwischt.

Mergentheim, 2. Okt. (Auf dem Holzweg.) Zu dem Beschluß des Württ. Weinbauvereins in Maulbronn wird der Tauberzeitung geschrieben: Wenn in der Hauptversammlung des Vereins gesagt wurde, daß die Weingärtner ihren Wein einlegen müßten, da man heute für die Kosten eines Viertelliter Weins im Vorjahr 200 Eimer hätte kaufen können, so ist das doch ein Trugschluß. Im vorigen Jahr hatte das Geld noch einen anderen Wert, als heute und wenn der Weingärtner seinen Wein behalten hätte, dann hätte er mehr Papiergeld, aber nicht mehr Geldwert. Er hat mit dem Geld, das er im letzten Herbst erhalten hat, eben auch Anschaffungen gemacht, und wenn er diese heute machen würde, dann hätte er einen der Geldentwertung entsprechenden höheren Betrag zu zahlen. Es wird immer aufs gleiche herauskommen. Wenn alle Berufe nach den von Weingärtnern empfohlenen Verfahren handeln würden, dann wäre überhaupt kein Wirtschaftsleben in Gang zu bringen. Ist damit dem Weingärtner vielleicht gedient? Wenn Leder, Holz, Eisen, Stoffe, Frucht, Vieh, Kartoffeln, Kohlen, Glas, Backsteine, Zement, Butter, Eier, Kraut und Rüben, Schwefel und Kupfervitriol zurückgehalten werden sollen? Was dem einen recht ist, ist dem andern billig, dann können wir doch lieber gleich das Deutsche Reich an den Nagel hängen. Nicht mit dem Zurückhalten, sondern mit der Abgabe auf den Markt ist dem Gemeinwohl gedient.

Oggelshausen, OA. Riedlingen, 1. Okt. (Der Würgengel.) Die roten Flecken haben in der Familie Franz Sauter zwei Opfer gefordert. Innerhalb acht Tagen mußte ein 1½ Jahre alter Knabe und ein jüngeres Mädchen zu Grabe getragen werden.

Ellwangen, 1. Okt. (Totschlag.) Der 52 Jahre alte städtische Arbeiter Karl Hoffmann hat, wie erinnerlich, den Hausdiener Wilhelm Schwarz mit einem Hirschfänger erstochen. Die Frau Hoffmanns, die eine Milchabgabestelle hatte, wollte die mit dem Abendzug zugeführte Milch erst am anderen Morgen ausgeben, was die Milchabholer erregte. Schwarz verlangte für seine drei Kinder Milch, die schließlich verabfolgt wurde. Es gab dann alle Tage Reibereien. Am 25. August, abends, kam Hoffmann im „Hasen" mit Schwarz zusammen. Hoffmann drohte Schwarz mit Erstechen. Auf der Straße stach Hoffmann dann mit dem Hirschfänger den Schwarz in den Hals, wobei die Luftröhre durchschnitten und der Tod herbeigeführt wurde. Die Geschworenen verneinten vorsätzliche Tötung, bejahten aber Körperverletzung mit Todesfolge und mildernde Umstände. Das Schwurgericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren.

Baden.

Pforzheim, 2. Okt. Der vom Pforzheimer Schlichtungsausschuß und gestern vom Landeskommissar als verbindlich erklärte Schiedsspruch in der Lohnbewegung im Schmuckgewerbe hat folgenden Wortlaut: 1. Die geforderte Wirtschaftsbeihilfe wird abgelehnt. 2. Zum Zweck der Schaffung einer wertbeständigen Entlohnung sind a) die Ist- und Mindestlöhne, die in der Lohnwoche vom 15. bis 21. September bezahlt wurden, um 32 Prozent zu erhöhen. Um denselben Prozentsatz erhöhen sich die Akkordpreise, Akkordgrundlagen und die besonderen Zulagen; b) die Lehrlingsvergütungen erhöhen sich um 40 Prozent. Die durch die Erhöhung sich ergebenden Löhne bilden den Grundlohn. Auf diese Grundlöhne, Istlöhne, Akkordgrundlagen, Akkordpreise, besonderen Zulagen und Lehrlingsentschädigungen erfolgt für die Dauer dieses wertbeständigen Lohnabkommens jeweils am Zahltag ein prozentualer Zuschlag oder Abschlag, wie er von statistischen Amt der Stadt Pforzheim aus den steigenden oder fallenden Lebenshaltungskosten errechnet wird. 3. Als Multiplikator gilt die Durchschnittssteigerung des statistischen Amtes der Stadt Pforzheim. 4. Dienstags vormittags 9 Uhr jeder Woche tritt eine aus 4 Arbeitgebern und 4 Arbeitnehmern bestehende paritätische Kommission zusammen, um auf Grund der Ziffer 3 des Schiedsspruchs die Steigerung oder die Senkung der Löhne festzusetzen und bekanntzugeben. 5. Das Abkommen gilt für die Zeit von vier Wochen vom 22. 9. 23 bis einschließlich 19. 10. 23. Am 13. 10. 23 kann erstmals beiderseits eine Aenderung beantragt werden. Geschieht dies, so haben die Verhandlungen darüber in der Kündigungswoche zu erfolgen. Die kündigende Partei hat der anderen Partei ihren Gegenvorschlag zu unterbreiten. Kommt über vorgeschlagene Aenderungen keine Einigung zustande ist und solange eine Entscheidung des Schlichtungsausschusses nicht vorliegt, wird bis zur Erledigung des neuen Abkommens an den folgenden Zahltagen nach Ziffer 3 dieses Abkommens verfahren. Bei Nichtkündigung des Abkommens läuft dasselbe jeweils 4 Wochen weiter. 6. Um eine Entwertung des Lohnes zu vermeiden, wird dem Arbeitgeberverband empfohlen, eine Vorschußzahlung einzuführen. Ueber Art und Umfang haben die Parteien sich verständigen. Die Parteien haben sich binnen 3 Tagen zu erklären, ob sie sich dem Schiedsspruch unterwerfen. — Sie verzichten auf Bekanntmachung.

Hierzu wird von Arbeitgeberseite geschrieben: Die Firmen der Schmuckwarenindustrie nach dem Schiedsspruch vom 7. September sind, wie schon berichtet, vom Landeskommissar für Demobilmachungskommissar für verbindlich erklärt worden. Damit hat der Schiedsspruch, der für die abgelaufene Lohnwoche dem gelernten Arbeiter von 25 und mehr Jahren einen tariflichen Mindestlohn von rund 29 Millionen Mark in der Stunde sichert und für die laufende Woche wie für die beiden folgenden Wochen Zuschläge in der Höhe der örtlichen Indexziffer und zwar des Durchschnittes aus den Teuerungszahlen mit und ohne Bekleidung, zuspricht, Rechtskraft erlangt. Der Arbeitgeberverband lehnt in einer Erklärung die Verantwortung für die nach seiner Ueberzeugung unvermeidlichen Folgen des Schiedsspruches für die hiesige Industrie, die in ihr beschäftigte Arbeiterschaft und die mit ihr eng verknüpfte Gesamtbevölkerung Pforzheims ab. Sobald die Begründung für die gerichtliche Entscheidung vorliegt, wird auf die Lohnbewegung zurückzukommen sein, die sich zu einer Industriekrisis auszuwachsen droht.

Wolfterdingen, 1. Okt. Vor wenigen Tagen fand in Wolfterdingen eine Besprechung zwischen Vertretern des Ministeriums des Innern und des Arbeitsministeriums und den örtlichen und den Bezirksvorständen statt, in der Fragen des Wiederaufbaues der kürzlich durch Großfeuer vernichteten 25 Gebäude erörtert wurden. Als Hauptziel ist anzusehen, die abgebrannten Ortsteile hier baldigst und in einer Form entstehen zu lassen, daß sich später die Brandgeschädigten und auch die Allgemeinheit darüber freuen können. Eine zu diesem Zweck gebildete Kommission soll die einschlägigen großen Fragen behandeln. Daß Unvorhergesehenes nicht dazwischen kommt, ist zu erwarten, daß in etwa Jahresfrist das, was heute durch Brand zerstört, neu aufgebaut sein wird. Die brandgeschädigten Familien sind dank des verständigungsvollen Entgegenkommens ihrer Mitbürger im Ort selbst über den Winter hindurch gut untergebracht.

Mannheim, 1. Okt. Der Vertreter der badischen Anilin- und Sodafabrik in Yokohama, Fr. Schneider, hat bei dem furchtbaren Erdbeben durch Vernichtung seines Wohnhauses sein ganze Habe verloren, aber sein Leben gerettet.

Vermischtes

Altertumsfund auf einem Apfelbaum. Der Zivilingenieur Philipp Dreicher in Lambsheim, Pfalz, fand auf einem Bauernstück beim Ausmachen eines Apfelbaumes einen Topf mit Silber- und Kupfermünzen. Dieselben stammen aus dem 17. und 18. Jahrhundert.

15 Millionen für eine Silbermark. Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbankanstalten findet vom Oktober ab bis auf weiteres zum 15 000 000fachen Betrage ihres Nennwertes statt.

Volksjustiz. In Oberputzkau (Sachsen) hatte sich die 17jährige Tochter des Zimmermanns Fröde im Dorfteich ertränkt, weil sie von der Stiefmutter fortgesetzt unmenschlich behandelt wurde. Die Mutter weigerte sich, die Tote ins Haus aufzunehmen. Da taten sich die empörten Dorfbewohner zusammen. Das gefühllose Weib wurde gezwungen, im Verein fast der ganzen Einwohnerschaft den Leichnam auf einen Karren zu laden und selbst ins Haus zu fahren. Als die Mutter auch der Beerdigung fernblieb, zogen die Dorfbewohner vors Haus und zogen sie unter einem Schandpfahl durch die Straßen.

75jährige Gedächtnisfeier für die Innere Mission. In der Lutherstadt Wittenberg fand bei stattlichem Besuch aus ganz Deutschland die 75jährige Gedächtnisfeier der Gründung des Zentralausschusses für die Innere Mission statt. Vertreten waren die Reichsregierung, die preußische Landesregierung, der Deutsche Evang. Kirchenausschuß, zahlreiche Kirchenregimente, theol. Fakultäten und Wohlfahrtsverbände, sowie das evangelische Ausland durch führende Persönlichkeiten der Schweiz, Deutsch-Oesterreichs, Hollands und der nordischen Länder. Nach dem Festakt in der Schloßkirche, dem eine Weihestunde in Luthers Wohnstube und ein Festgottesdienst in der Stadtkirche voranging, bildete den Mittelpunkt eine geschichtliche Uebersicht Univ.-Professor D. Mahling-Berlin, der die Innere Mission als den Ausdruck des sozialen Verpflichtungsgefühls der christlichen Gemeinde und Familienpflege, Ausbau der Evangelischen Gemeinde zur Stätte wahrer Brüderlichkeit, sowie ethische Kraft der Gesellschaftsordnung als ihre drei großen Arbeitsgebiete bezeichnete. Reichsminister Dr. Oeser dankte als Regierungsvertreter der Inneren Mission für ihre außerordentlichen Leistungen, die eine unentbehrliche Ergänzung zur Fürsorge des Staates bilden; der Vertreter des Deutschen Evang. Kirchenausschusses wies auf die unbedingte Zusammengehörigkeit von Kirche und Innere Mission hin. Nach weiteren Begrüßungen verkündete der Präsident des Zentralausschusses Univ.-Prof. D. Dr. Seeberg fünf akademische Ehrungen für verdiente Facharbeiter der Inneren Mission, u. a. die Ernennung des zweiten Direktors im Zentralausschuß, Pfarrer Steinweg, zum Dr. theol., des Leiters des Evang. Verbandes der weiblichen Jugend, Pfarrer Thiele, und der Leiterin der Frauenschule für Innere Mission, Gräfin Schulenburg, zu Doktoren der Theologie ehrenhalber. Am Montag trat die kontinentale Konferenz für Innere Mission und Diakonie in Wittenberg zu weiteren Beratungen zusammen.

Die Lage des Buchhandels hat sich im Laufe des Monats August in katastrophaler Weise verschlechtert. Die Lohnforderungen der Buchdrucker, die ihren Gehilfen den wertbeständigen Lohn zahlen mußten, droht den Buch-, Musikalien- und Kunsthandel völlig zum Erliegen zu bringen. Die Steigerung der Preise

so erhebliche, daß sie die Kaufkraft im Inland weit übersteigt. Infolgedessen ist der Absatz völlig zum Erliegen gekommen. Das Geschäft auf der Leipziger Bugra-Messe soll, wenn inländische Käufer in Frage kommen, denkbar schlecht gewesen sein. Der Inlandspreis steht bei einer Schlüsselzahl von 1 000 000 am Schlusse des Berichtsmonats weit über den ausländischen Auslandspreisen und so droht dem deutschen Buch auf der Auslandsmarkt verloren zu gehen, da die ausländische Buchproduktion in der Lage ist, erheblich billiger herzustellen. Der Buchhandel sieht sich so in der schwierigen Lage, zufolge Stagnation des Umsatzes an Entlassungen und Betriebseinschränkungen zu denken, deren Umfang noch gar nicht abzusehen ist. Tatsächlich hat in vielen Betrieben schon Kurzarbeit eingesetzt. Gegenwärtig beträgt die Buchhändler-Schlüsselzahl bereits 50 Millionen.)

Neue kugelsichere Panzer. Seit die neuen Mantelgeschosse mit ihrer gewaltigen Durchschlagskraft aufkamen, mußte man die kugelsicheren Panzer zum alten Eisen werfen, da sie nichts mehr nützten. Nun aber ist, wie Dr. Hans Schneickert in der „Kriegstechnik" ausführt, von dem Erfinder Oskar Schaumann ein kugelsicherer Panzer geschaffen worden, der sich auch gegen die neuen Geschosse aus Handfeuerwaffen bewährt. Es gelang Schaumann, eine Metallkomposition herzustellen, die auch für die Handfeuerwaffen schwersten Kalibers undurchdringlich ist, und er setzte diese kugelsichere Metallverbindung zu einem nicht zu schweren Panzer zusammen, der bequem tragbar und in sich beweglich ist. Die mehrfach vorgenommenen Beschußproben erbrachten gute Resultate.

Ein Kaufmann als Massenmörder. Wie aus Budapest gemeldet wird, sind aus Rumänien Meldungen eingetroffen, wonach der in der neuen rumänischen Stadt Szatmar lebende reiche Kaufmann Jakob Reinitz sechs Raubmorde begangen haben soll, indem er Geschäftsfreunde bewog, mit ihm eine Geschäftsreise zu unternehmen. Die Reisen wurden vielfach in die Wälder nahe der Grenze unternommen, da Reinitz seinen Opfern vorschwindelte, daß mit Schmuggeln gute Geschäfte zu machen seien. Im Walde ermordete er seine Geschäftsfreunde und beraubte sie. Er hat sich so ein Vermögen von mehreren Millionen Lei beschafft. Allem Anschein nach wußte auch seine Frau von diesen Verbrechen. Reinitz wurde verhaftet, seine Frau befindet sich noch auf freiem Fuße.

Statt des Stieres einen Zuschauer getötet. In der südfranzösischen Stadt Bayonne fand vor einigen Tagen ein Stierkampf statt, in dem der Matador Antonio Marauez auftrat. Er hatte schon den fünften Stier erledigt, als ein sehr großes und kräftiges Tier in die Arena eingelassen wurde. Marauez verwundete zweimal den Stier und wollte ihn mit dem dritten Degenstoß erledigen. Er schleuderte die Waffe gegen das Tier. Allein dieses beugte sich vor, so daß der Degen zwischen die Hörner fiel, und schleuderte die tödliche Waffe weit von sich weg. Der Degen fiel in das Publikum und traf einen der Zuschauer ins Herz. Es war dies ein Milliardär aus Kuba, Carlos Aguirre, 21 Jahre alt, der in San Sebastian auf Urlaub weilte und nach Bayonne gekommen war, um dem Stierkampf beizuwohnen. Der Unglückliche blieb auf der Stelle tot. Im Publikum entstand eine Panik und die Vorstellung mußte abgebrochen werden. Der Bürgermeister von Bayonne hat sofort den Matador verhaften lassen und dieser wanderte ins Gefängnis, statt, wie es der Fall ist, im Triumph davonzuziehen.

Die richtige Antwort. Wie ein Leser der „Deutschen Zeitung" aus Stockholm mitteilt, stand vor einigen Tagen folgende wahre Geschichte in einer schwedischen Zeitung: Ein Franzose fand sich dieser Tage bei einer Fabrik in Boras ein und bot Farbstoffe an. „Wir pflegen unsere Farben von Deutschland zu kaufen", sagte der Fabrikant. — „Ja, das ist auch deutsches Fabrikat", entgegnete der Franzose. — „So", sagte der Fabrikant, „aber man kauft kein Diebesgut, adjö!"

Handel und Verkehr.

Pforzheim, 1. Okt. Dem gestrigen Pferdemarkt waren 38 Pferde zugetrieben, darunter ein Fohlen. Es wurden folgende Preise gefordert: Für schwere Pferde bis 60 Milliarden, mittlere 35 bis 45 Milliarden, leichte Pferde 25 bis 40 Milliarden, ältere Arbeitspferde 20 bis 25 Milliarden das Stück. Der Handel war mäßig.

Stuttgart, 2. Okt. (Schlachtviehmarkt.) Dem Dienstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 22 Ochsen, 20 Bullen, 100 Jungbullen, 110 Jungrinder, 105 Kühe, 77 Kälber, 151 Schweine, 219 Schafe. Unverkauft blieben 2 Ochsen, 6 Jungrinder, 37 Kühe. Erlös aus je 1 Pfund Lebendgewicht in Millionen Mark: Ochsen 1. 17 bis 18 (letzter Markt 16—17), 2. 12—15 (11,5—14,5), Bullen 1. 15—16,5 (14—16), 2. 10—13 (unv.), Jungrinder 1. 17—18 (16—17), 2. 14—16 (13—15), 3. 10,5 bis 12,5 (11—12), Kühe 1. 14—16 (unv.), 2. 10,5—13,5 (11—13), 3. 7—9,5 (7—10), Kälber 1. 20—21 (19,5 bis 21), 2. 18—19,5 (17,5—18,5), 3. 16—17,5 (15—16), Schweine 1. 34,5—36 (30—32), 2. 31—33 (28—29,5), 3. 26—30 (26—27). Verlauf des Marktes: mäßig belebt.

Stuttgart, 2. Okt. (Marktpreise.) Die als angemessen festgesetzten Richtpreise der Marktkommission galten heute nicht. Mehrfach wurde das Doppelte dieser gefordert. Kartoffeln kosten 1,4 Millionen Mark, Butter ging auf 80 Millionen, Schweineschmalz auf 70, Margarine 48, Palmin 60, Speisemargarine 52, Kokosfett 48, Speisefett 50 Millionen das Pfund. Schweizer Käse 16, Tilsiter 12, Münster 14, Romadour 15, Backsteinkäse 12 je die 100 Gr. Kräuterkäse der Stöpsel 2,5—2,8, Camembert das Eckchen 14. Eier 8 Millionen Mark das Stück.

Ravensburg, 2. Okt. Die Schranne notierte folgende Durchschnittspreise per Doppelzentner in Millionen Mark: Dinkel 732, Weizen 978, Roggen 671, Gerste 800, Haber 696. Saatroggen notierte 700—750, Saatvesen 770—900, Saatweizen 1000—1150 Millionen Mark.

Crailsheim, 2. Oktbr. (Schweinemarkt.) Zufuhr: 36 Läufer und 820 Milchschweine. Preis pro Paar Läuferschweine 2—3 Milliarden, pro Paar Milchschweine 600 bis 1000 Millionen Mark.

Vom Geldmarkt.

Dollar in Berlin	319 200 000 G., 320 800 000 B.
Mittelkurs	320 000 000 (242 000 000)
Dollar in Frankfurt	369 075 000 G., 370 925 000 B.
Mittelkurs	370 000 000 (345 000 000)
1 Goldmark nach Berliner Mittelkurs	76 190 476 (57 619 047) Papiermark
1 Goldmark nach Berliner Briefkurs	76 380 952 (57 763 095) Papiermark
New-Yorker Schlußkurs vom 2. 10.:	0,00000030 Dollar = 333 333 334 Mark

Berliner Abenddevisenverkehr sehr fest. Dollar 385 Mill.

Der zur Durchführung der Devisenverordnung maßgebende amtliche Mittelkurs des Dollars ist heute, am 2. Oktober 1923, 320 Millionen Mark.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 2. Oktbr. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, ist die Blättermeldung über einen bevorstehenden Meinungsaustausch zwischen der württembergischen und bayerischen Staatsregierung, die Deutschnationalen in die württembergische Regierungskoalition aufzunehmen, völlig aus der Luft gegriffen.

München, 2. Okt. Wegen Verdachts der Teilnahme an der kürzlichen Schießerei im Brüdermühlviertel wurde der Apotheker Bouisson verhaftet. Bouisson war der Leiter der aufgehobenen sozialdemokratischen Schutzabteilungen, doch hängt diese Tatsache mit der Verhaftung nicht zusammen.

München, 3. Okt. General Ludendorff hielt bei einer Denkmalsenthüllung in Schliersee eine Ansprache, in der er für Kahr eintrat. Durch seine Weigerung, den Führer des Kampfbundes „Reichsflagge", Heißer, dem Staatsgerichtshof auszuliefern, durch die Waffenbeschlagnahme in der „Münchener Post" und die Auflösung der Auergarden habe Kahr bewiesen, daß er mit allen Vaterländischen den Kampf gegen die Reichszerstörer energisch aufnehme. Als erster legte sodann General Echter im Namen des Kronprinzen Rupprecht einen Kranz am Denkmal nieder.

München, 3. Okt. Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Der Befehl des Reichswehrministers an das Wehrkreiskommando, keine anderen als amtliche Mitteilungen über Unruhen im unbesetzten Gebiet verbreiten zu lassen, findet für Bayern seine Erledigung in den bereits bestehenden Vorschriften der bayerischen Notverordnung vom 11. Mai. Diese Vorschriften decken sich dem Inhalt nach genau mit dem Geßler'schen Befehl.

Landau, 2. Oktbr. Das französische Kriegsgericht in Landau hat gestern den bekannten Politiker Dr. F. Raschig, den Vorsitzenden der Demokratischen Partei der Pfalz, in Abwesenheit zu einer Gefängnisstrafe von fünf Jahren verurteilt. Die chemische Fabrik Dr. Raschigs hatte von der deutschen Eisenbahnbehörde vor der Besetzung zwei Lokomotiven gemietet, die in dem Betrieb stehen geblieben waren, worin die Franzosen den Tatbestand der Hehlerei erblickten.

Düsseldorf, 3. Okt. Der englische Vertreter der Rheinlandkommission erklärte auf eine Anfrage, die Ablegung des Diensteides für die Regie werde seitens der Rheinlandkommission von den Eisenbahnern nicht gefordert.

Dortmund, 3. Okt. Am 20. September nahmen die Franzosen einen Wagen des Bochumer Vereins, der 9,4 Billionen Mark Notgeld, das in der Uniondruckerei hergestellt war, wegbringen sollte, fort.

Essen, 3. Oktbr. Die Franzosen entwendeten bei der Firma Krupp 800 Milliarden Mark. — Der stellvertretende Polizeipräsident Friedensdorf wurde gestern von den Franzosen als Geisel festgenommen, während der früher festgenommene Polizeirat Exner entlassen wurde. — Am 2. Oktober wurden aus Duisburg 52 Eisenbahner mit ihren Familien ausgewiesen. Sie wurden vorher nicht gefragt, ob sie die Arbeit wieder aufnehmen wollten. — Die Hauptwerkstätten in Witten wurden gestern morgen von den Franzosen besetzt.

Essen, 3. Okt. Die 4 Bergarbeiterverbände haben einen Aufruf an die Bergarbeiter erlassen, indem sie diese auffordern, die Arbeit und die Förderung sofort und in vollem Umfang wieder aufzunehmen.

Berlin, 2. Okt. Aus deutschnationalen Kreisen wird dem Berliner Lokalanzeiger geschrieben: Wir lehnen alle Versuche, wie den Küstriner und seinerzeit den Kapp-Putsch ab. Ein nicht mit gesetzesmäßiger Gewalt ausgerüsteter und nicht auf gesetzesmäßige Gewalt gestützter Diktator würde Deutschland nicht zur Gesundung oder in die Freiheit führen können.

Berlin, 3. Oktbr. Der Reichswirtschaftsminister hat seinen Einspruch gegen die eine Erhöhung der Goldpreise für Kohlen um etwa 75 Proz. vorsehenden Beschlüsse des Reichskohlenrates aufrecht erhalten. Hiernach tritt für alle Kohlensorten, die bereits den Weltmarktpreis erreicht haben, eine weitere Erhöhung nicht ein.

Berlin, 2. Okt. Nach dem „Vorwärts" sind Landesarbeitsausschuß und Landtagsfraktion der sächsischen Sozialdemokraten völlig einmütig darin, die Kommunisten in die sächsische Regierung hineinzunehmen, unter der Voraussetzung, daß diese die Verfassung anerkennen. Es wurde ein Ausschuß eingesetzt, der die Bedingungen der Sozialdemokraten gegenüber dem kommunistischen Verein festsetzen soll.

Berlin, 2. Okt. Das Ergebnis der Goldanleihe steht nunmehr vorbehaltlich geringfügiger Ergänzungen fest. Es wurden 164 224 186 Mark Gold gezeichnet und zwar gegen Mark 129 788 144 Mark Gold, gegen Devisen 30 852 809 Mark Gold, gegen Dollarschatzanweisungen 2 596 553 Mark Gold und gegen Goldmarkquittungen 986 630 Mark Gold.

Sofia, 2. Okt. Ein heftiger Brand brach am 30. Sept. in der Stadt Wratza aus. 200 Gebäude, darunter die Zweigniederlassung der Nationalbank und der Wirtschaftsbank, wurden zerstört. Aus Sofia wurde Hilfe geschickt. Der Brand entstand durch Selbstentzündung landwirtschaftlicher Produkte. Der Materialschaden ist sehr beträchtlich. Auch Menschenleben fielen dem Brand zum Opfer. Die Zahl steht noch nicht fest.

Kleine Anfragen.

Stuttgart, 2. Okt. Die Abgg. Dr. Furst, Dr. Beihwänger, Dr. Schott (BP.) haben folgende Kleine Anfrage eingebracht: Die Klagen über unpünktliche Ausbezahlung der Gehälter haben trotz wiederholten Eingreifens des Landtags wie einzelner Abgeordneter noch keineswegs aufgehört. Soweit eine Nachprüfung möglich ist, sind sie leider berechtigt. Insbesondere werden die Pensionäre durch auffallende Verzögerung der Nachzahlungen aufs schwerste geschädigt. Mindestens ein Teil von ihnen hatte am 30. September noch nicht einmal die Nachzahlung für die 3. Septemberwoche in Händen. Es war ihnen daher nicht möglich, namentlich die etwas günstigere Konjunktur für die Beschaffung von Lebensmitteln auszunützen. Auf diese Weise ist da und dort geradezu eine Notlage entstanden. Was gedenkt das Staatsministerium zu tun, um hier gründlich und dauernd Abhilfe zu schaffen und die rechtzeitige Ausbezahlung der Ruhegehälter ebenso wie die der übrigen Gehälter sicherzustellen? Wir ersuchen um schriftliche Antwort. — Die Abgg. Wider, Dingler, Hiller, Fischer und Ströbel von der Bürgerpartei und dem Bauernbund haben folgende Kleine Anfrage im Landtag eingebracht: „Die neubeschlossene, ungeheure Erhöhung der Sätze von Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer kann von den meisten Gewerbetreibenden und Landwirten bis zum 5. Oktober nicht bezahlt werden. Ist das Staatsministerium bereit, den Zahlungstermin ohne Nachverzinsungspflicht angemessen, mindestens aber bis 20. Oktober zu verlängern?"

Berlin, 3. Okt. Der Voss. Ztg. zufolge hat die Bayerische Volkspartei dem Reichstag ihre Anträge auf Abänderung der Steuergesetze vom 11. August eingebracht. Unter anderem sollen die Freigrenzen heraufgesetzt worden. Die Deutschnationalen haben beantragt, den Entwertungsfaktor 30 000 für die Einkommensteuervorauszahlungen herabzusetzen und für wirtschaftlich schwache Betriebe des Handwerkes und Kleinhandels die Zahlung der Ruhrabgabe um einen Monat hinauszuschieben.

An die Bevölkerung Württembergs.

Stuttgart, 2. Okt. Die Vereinigte Sozialdemokratische Partei, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine Freie Angestelltenbund (Afa), der Allgemeine Deutsche Beamtenbund für Württemberg und Hohenzollern richten an die Bevölkerung Württembergs einen Aufruf, in dem es heißt: Der passive Widerstand ist gefallen. Deutschlands schwerste Stunde seit dem Zusammenbruch ist gekommen. Diesen Augenblick versuchen verantwortungslose Elemente von rechts und links für ihre putschistischen Pläne auszunutzen. Falsche Alarmgerüchte sollen den politischen Sinn des Volkes verwirren. Damit will man den Boden für Anschläge auf die Republik vorbereiten und die halt- und kopflos gemachte Bevölkerung ihrem Verderben in die Arme treiben. Jeder Putsch bedeutet schwerste Gefährdung der Reichseinheit, Zerschlagung der Arbeiterbewegung und weitere Verelendung der breiten Massen. Seine Nutznießer sind nur die inneren und äußeren Feinde des deutschen Volkes. Die Machtmittel der Republik müssen mit aller Entschiedenheit angewendet werden. Die werktätigen Massen auch des württ. Volkes aber müssen sich geschlossen mit Wort und Tat zu einer Politik der Reichseinheit und der Republik bekennen. Arbeiter, Angestellte und Beamte! Laßt euch nicht verwirren! Die Putschisten wollen eure elende Lage nicht bessern, sondern nur für ihre politischen Zwecke mißbrauchen. Eure Not wird nicht gemindert durch Bürgerkrieg und Zerschlagung der Reichseinheit noch durch Zerstörung der Wirtschaft, sondern nur durch zielbewußte aufbauende Arbeit in Staat und Wirtschaft. Acht Disziplin! Folgt nur den Weisungen eurer Organisationen!

Endgültige Auflösung der Schutzpolizei.

Düsseldorf, 2. Okt. In einem Schreiben an den Regierungspräsidenten teilt General Denvignes mit, daß die deutsche Schutzpolizei aufgelöst und die Stadtpolizei verpflichtet ist, die Kriminalpolizei zu verstärken. Ueber die Zusammensetzung, Stärke und Bewaffnung der Polizei und den Zeitpunkt, bis zu welchem die Organisation beendet sein muß, wird der kommandierende General des Brückenkopfes noch Vorschriften erlassen. Die Angehörigen der Schupo sind informiert.

Ruhe in Bayern.

München, 2. Okt. Der Rechtskurs in Bayern wird weiter zielklar eingehalten. Der „Völkische Beobachter" erscheint weiter. General von Lossow hatte den Befehl zum Verbot dieses Blattes an den Generalstaatskommissar weiter geleitet. Herr von Kahr hat sich mit Berlin in Verbindung gesetzt. Die sozialistischen Schutzverbände in Oberbayern, Schwaben und München erlassen an ihre Mitglieder einen Aufruf, unverzüglich die Schutzabteilungen aufzulösen. In München und ganz Bayern ist die Lage vollkommen ruhig und zuversichtlich. Herr von Kahr ist Herr der Lage und hat wenigstens vier Fünftel der gesamten Bevölkerung hinter sich, die ihm vollkommen vertraut. Auch die bayerische Volkspartei steht geschlossen und mit vollem Vertrauen hinter ihm und will ihn und seine Maßnahmen mit ihrer ganzen Kraft unterstützen. Eine Entschließung wird in diesem Sinne morgen der Oeffentlichkeit übergeben werden.

Die Opfer von Düsseldorf.

Havas berichtet aus Düsseldorf, die letzte Untersuchung habe ergeben, daß die Zahl der Opfer beträchtlich höher sei, als zuerst angegeben. 17 Deutsche seien tot, darunter 12 Zivilisten, drei Schupo- und zwei blaue Polizeibeamte. 91 verwundete Deutsche würden in den Krankenhäusern behandelt. 310 Deutsche hätten sich in ihre Wohnungen begeben können, nachdem sie behandelt worden seien. Zwei Franzosen seien leicht verletzt worden. (Die Franzosen haben jetzt erreicht, daß Deutsche sich gegenseitig totschießen. Schriftl.)

Unbedingte Zuverlässigkeit der Reichswehr.

Berlin, 2. Okt. (Amtlich.) Das Küstriner Abenteuer hat ein schnelles Ende gefunden. Der Einsatz der nach Küstrin herangezogenen militärischen Verstärkungen war nur in geringem Umfang nötig. Die Aufständischen in einer Gesamtstärke von zirka 400 Mann unter einem Dutzend Rädelsführer sind restlos gefangen und entwaffnet worden. Bei der Säuberung der Umgebung von Küstrin ist noch eine Bande von 30 Köpfen ausgehoben worden. Das Feuergefecht am gestrigen Abend brachte auf der Seite der Aufständischen einen Toten und einige Schwer- und Leichtverletzte. Die Truppe hatte keine Verluste zu beklagen. Die nach Küstrin herangezogenen auswärtigen Truppenteile werden heute in ihre Standorte zurückkehren.

Dresden, 2. Okt. Das Wehrkreiskommando teilt mit: In Freiberg wurden nach dem Verlassen eines Tanzlokals am 30. September mehrere Reichswehrangehörige von einer beträchtlichen Ueberzahl junger Burschen umringt und bedroht. Die Reichswehrangehörigen schlugen sich mit ihren Seitengewehren durch. Hierdurch wurden einige Zivilisten verletzt. Einer ist seinen Verletzungen erlegen.

Gegen die Plünderungen.

Berlin, 3. Okt. Zur Aufrechterhaltung der Sicherheitsverhältnisse auf dem flachen Lande hat die Reichsregierung in einem Rundschreiben an die Landesregierungen angeregt, Vereinbarungen zur gegenseitigen Hilfe zu treffen, wo die eigenen Polizeikräfte eines Landes nicht ausreichen. Sie erwartet die Verwendung der Polizeiorgane der Länder nicht nur für die Interessen des eigenen Landes, sondern für das deutsche Gesamtinteresse in Gestalt einer polizeilichen Grenzhilfe. Außerdem wird nach dem Vorbilde Preußens die Bildung eines Flurschutzes empfohlen, um das flache Land vor gewaltsamen Einwirkungen gegen die Produktion und gegen die Ernte zu schützen. Im übrigen ist die beschleunigte und ausreichende Ablieferung der Ernteerträge durch die Erzeuger als das beste und wirksamste Mittel gegen Plünderungen und Ausschreitungen auf dem Lande anzusehen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Die Ententebotschafter beim Reichskanzler.

Berlin, 2. Okt. Wie das „Berliner Tageblatt" erfährt, hat der Kanzler gestern die Entente-Botschafter empfangen und ihnen offiziell von der Aufhebung des passiven Widerstands und der mit ihm zusammenhängenden Verordnungen Mitteilung gemacht. Dabei dürfte der Kanzler auch auf die Frage eingegangen sein, was von den Franzosen weiter beabsichtigt sei, und insbesondere erörtert haben, unter welchen Gesichtspunkten nun eine Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet erfolgen könne. Auch über die Möglichkeiten und Voraussetzungen von Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich wird bei der Gelegenheit wohl geredet worden sein. Natürlich ohne positives Ergebnis, da die diplomatischen Vertretungen zu eigenen Entscheidungen nicht berechtigt sind und zunächst ihren Regierungen Bericht zu erstatten haben. Auf alle Fälle scheint die Atmosphäre durch diesen Diplomatenempfang noch nicht gereinigt worden zu sein.

Im Kanzler-Organ, der „Zeit", liest man heute abend unter der Ueberschrift: „Französische Unverschämtheit" folgende deutliche Note: **„Die Absicht der französischen Regierung, die Herbeiführung normaler Arbeitsverhältnisse im Ruhrgebiet völlig unmöglich zu machen, tritt immer deutlicher zutage. Man verlangt den Diensteid auf die französische Regie nicht nur von den Eisenbahnbeamten, sondern nach neuester Mitteilung auch von Angestellten und Arbeitern, sowie von einzelnen Industriellen, die mit der Regie zu tun haben. Es versteht sich von selbst, daß dieses unverschämte Ansinnen, das die deutsche Staatshoheit einfach negiert, zurückgewiesen wird. Eine Wiederaufnahme der Arbeit ist unter solchen Umständen ein Ding der Unmöglichkeit."**

Nun doch Regierungskrise.

Nun hat man doch eine deutsche Regierungskrise; man kann sich ja diesen Luxus in allem deutschen Elend leisten. Die kritische Zuspitzung ist gekommen, als Dr. Scholz die Forderung anmeldete, angesichts des Ernstes der Lage die Deutschnationalen zum Eintritt in das Kabinett einzuladen. Der derzeitige Fraktionsführer der Volkspartei hat sich damit zum Wortführer jener Gruppen gemacht, die angesichts der möglichen Entscheidungen der nächsten Zukunft ein Kabinett, in dem Sozialdemokraten sitzen, für nicht aktionsfähig halten. In diesen Kreisen nimmt man je länger, je mehr Anstoß an Dr. Hilferding, an Dr. Radbruch, sogar an Dr. v. Raumer und glaubt, die angebliche wirtschafts-politische Tatenlosigkeit der letzten Wochen vornehmlich auf dem Finanz- und den Reichswirtschaftsminister zurückführen zu müssen. Mit den Forderungen, die Dr. Scholz so recht unzeitgemäß vorbrachte, haben sich Wünsche gekreuzt, die in der Nachbarschaft des Herrn Adam Stegerwald, des früheren preußischen Ministerpräsidenten, gehegt werden. In Stegerwalds Organ, dem „Deutschen", ist in den letzten Tagen schon mehrfach in einer reichlich dunklen Phraseologie auseinandergesetzt worden, daß der Parlamentarismus versagt habe und zur Lösung der ungeheuren Schwierigkeiten der Lage unfähig sei. Heute abend hat dann Stegerwald in einem eigenen Artikel auch den Schleier von diesen Gedankengängen gelüftet. Stegerwald fordert ein kleines homogenes Kabinett, „dem der Reichstag die weitestgehenden Vollmachten gibt, um dann für längere Zeit überhaupt abzutreten." Der Kanzler hatte selber in der Fraktion seiner Partei gesprochen. Die deutsch-volksparteiliche Fraktion hatte nur eine Bedingung gestellt: der Finanzminister müßte zurücktreten. Dr. von Raumer hatte bereits, verdrossen über die Kritik, die er gerade bei seinen Parteifreunden gefunden, von sich aus seinen Rücktritt erklärt. Der Kanzler war so sicher, daß es ihm gelingen würde, die noch vorhandenen Schwierigkeiten zu begleichen, daß er mit Bestimmtheit annahm, noch heute seine Erklärungen im Plenum abgeben zu können. Nun aber erhob sich der Widerstand von der anderen Seite. Die Sozialdemokraten formulierten in einer langen und, wie man sagt, erregten Sitzung vier Bedingungen für ihre fernere Beteiligung an der Regierung: **Kein Eintritt deutschnationaler Politiker in das Kabinett; kein Rücktritt ihrer Minister; Zustimmung zu dem Ermächtigungsgesetz, mit Ausnahme seiner sozialpolitischen Bestimmungen — nach der Richtung wünschte man sich auf die im vorigen Spätherbst festgelegten Erklärungen zu beziehen, wonach Mehrarbeit gestattet sein sollte, sofern die Reparationsleistungen sie verlangten — schließlich Klärung der Lage in Bayern.** Das waren Widersprüche zwischen links und rechts, die vorerst, wenigstens in dieser vorgerückten Stunde, nicht mehr zu beheben waren.

Berlin, 2. Okt. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, hat Reichswirtschaftsminister von Raumer seine Demission gegeben.

Berlin, 2. Okt. Reichstagspräsident Loebe hat heute abend um 8 Uhr mitgeteilt, daß die Reichstagssitzung für heute abgesetzt werden müsse und ein weiterer Termin noch nicht bestimmt werden könne.

Berlin, 2. Okt. Ueber den Verlauf der Fraktionssitzungen im Reichstag wird aus parlamentarischen Kreisen berichtet: In der Fraktionssitzung der Deutschen Volkspartei war der Reichskanzler selbst anwesend und legte der Fraktion sein Programm dar. Sie stellte sich durchaus hinter seine Politik. Auch das Zentrum hat beschlossen, dem Programm des Reichskanzlers zuzustimmen. Es lehnt auch eine Erweiterung des Kabinetts nach rechts nicht ab, wenngleich es ausgeschlossen sein dürfte, daß das Zentrum auch an einer Mitarbeit der sozialdemokratischen Partei festhalten möchte. Die demokratische Fraktion erklärte, daß sie auch an der Personenfrage nicht interessiert sei und daß sie für das vom Kabinett beabsichtigte Ermächtigungsgesetz stimmen, aber nicht in einem Kabinett mit den Deutschnationalen zusammenbleiben würde. In diesem letzteren Sinne entschieden sich auch die Sozialdemokraten, die ferner bezüglich des Ermächtigungsgesetzes insofern eine zustimmende Haltung einnehmen, als es sich auf die Währungs- und die Finanzpolitik bezieht. Dagegen lehnen die Sozialdemokraten das Ermächtigungsgesetz ab, soweit es sich auf die wirtschaftlichen und sozialen Fragen bezieht. Außerdem halten sie darauf fest, daß ihre drei Minister im Kabinett verbleiben. In den späteren Nachmittagsstunden wurde auch das Rücktrittsgesuch des Wirtschaftsministers von Raumer, der der Deutschen Volkspartei angehört, bekannt. Der Rücktritt dürfte aber nicht auf Meinungsverschiedenheiten mit der Politik des Kabinetts, sondern auf persönliche Gründe zurückzuführen sein.

Berlin, 3. Okt. Vom Vorsitzenden der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, erhalten wir folgende Zuschrift: In der Presse wurde die Nachricht verbreitet, der Vorsitzende der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei habe dem Reichskanzler namens seiner Partei die Forderungen überbracht, von deren Erfüllung er das Verbleiben der Deutschen Volkspartei in der großen Koalition abhängig machen müsse. Der tatsächliche Vorgang war folgender: Bei der Besprechung der Parteiführer wurde von mir lediglich die Frage zur Erörterung gestellt, ob in Anbetracht der deutigen ernsten Not des Vaterlandes es nicht angezeigt erscheine, die Regierung auf breiteste Basis zu stellen und in ihr alle diejenigen Parteien zu vereinigen, die auf dem Boden der staatlichen und finanziellen Ordnung stehen. In der Frage, der Reichsregierung weitgehende Ermächtigung zur Durchführung der notwendigen Gesetze auf finanziellem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet zu erteilen, vertrat ich den Standpunkt, daß meine Fraktion voraussichtlich ihre Zustimmung zu dieser Ermächtigung von der anderweitigen Besetzung des einen oder des anderen Ressorts abhängig machen müsse. Endlich betonte ich, daß die alte Forderung der Volkspartei nach Steigerung der Arbeitsleistung zwecks Erhöhung der Produktion, die in der gegenwärtigen Zeit besondere Bedeutung gewinnt, weiter besteht und daß man letzten Endes auch nicht vor einer Verlängerung der Arbeitszeit in den dazu geeigneten Betrieben zurückschrecken darf. Alle diese Fragen wurden von mir erörtert. Von ultimativen Forderungen, insbesondere dem Reichskanzler gegenüber, kann nicht die Rede sein.

Berlin, 3. Okt. Das Reichskabinett ist gestern abend um 10 Uhr zu einer Sitzung zusammengetreten. Entgegen einer anderslautenden Nachricht ist festzustellen, daß die Deutsche Volkspartei lediglich den Wunsch ausgesprochen hat, daß bei einer eventuellen Aenderung im Reichsernährungsministerium die Wiederbesetzung durch eine Persönlichkeit erfolge, die das Vertrauen weitester landwirtschaftlicher Kreise genieße. Nach dem Stand der in zwölfter Abendstunde noch andauernden Verhandlungen des Reichskabinetts scheint es nicht ausgeschlossen, daß die Stellung der Sozialdemokratie zu der bayerischen Frage noch eine Aenderung erfährt und daß eine Einigung über die anderen noch in Betracht kommenden Punkte sich ermöglichen läßt.

Feurio

Nicht der Preis entscheidet, sondern die Qualität. Feurio enthält 80% Fett. Kernseifen nur 60%, Feurio ist daher im Gebrauch viel sparsamer und schont die Wäsche ungleich mehr.

Vereinigte Seifenfabriken Stuttgart A.-G.

Die Gemeindebehörden

werden auf den Min.-Erlaß vom 25. September ds. Js., Staatsanz. Nr. 226, betreffend die Schlachtvieh- und Fleischbeschaugebühren hingewiesen.

Neuenbürg, den 2. Okt. 1923. **Oberamt:** Wagner.

Kapfenhardt.

Stammholz- und Stangen-Verkauf.

Die Gemeinde verkauft am

Samstag, den 6. ds. Mts., nachmittags 4 Uhr,

auf dem Rathaus in **Kapfenhardt** aus Abt. Schäferberg und Ob. hoh. Acker im öffentlichen Aufstreich:

1,37 Fm. III., 1,73 IV., 4,24 V. und 5,42 Fm. VI. Klasse Nadelstammholz.

Ferner 33 Stück **Baustangen** I. und II. Kl., 80 Stück **Hagstangen** II. und III. Klasse, 95 Stück **Hopfenstangen** I. und II. Kl., wozu Liebhaber eingeladen werden.

Schultheißenamt.

Neuenbürg.

Geschäfts-Empfehlung.

Der geehrten Einwohnerschaft von **Neuenbürg und Umgebung** zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich im Hause von **Limonadegeschäft Finkbeiner,** Wildbaderstraße 183, eine

Maß- und Reparatur-Werkstätte

eröffnet habe und empfehle mich für alle vorkommenden Arbeiten aufs beste.

Adam Morlock, Schuhmacher.

Anlage zur Gewinnung von Cereisen.

Die Firma **Metallurgische Werke,** G. m. b. H., **Neuenbürg** beabsichtigt in ihrem am Vic.-Weg 6/1 Parzelle Nr. 629 auf Markung Neuenbürg erstellten Neubau die Fabrikation von Cereisen in folgender Weise zu betreiben:

Auf elektrischem Weg werden Edelerden geschmolzen und das hieraus gewonnene Produkt in einem weiteren Schmelzvorgang mit Eisen vermengt.

Bei diesem Vorgang werden leichte Chlordünste frei, die durch einen Schornstein ins Freie abgeführt werden.

Etwaige Einwendungen gegen das Gesuch sind binnen 14 Tagen, vom Tag nach Ausgabe dieses Blattes an gerechnet, hier anzubringen. Nach Ablauf dieser Frist können Einwendungen, soweit sie nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhen, nicht mehr berücksichtigt werden.

Beschreibungen und Pläne sind beim Oberamt, Zimmer Nr. 4, zur Einsicht aufgelegt.

Neuenbürg, den 2. Okt. 1923. **Oberamt:** Amtmann Heckel.

Forstamt Neuenbürg.

Weg-Sperre.

Vom **Montag, den 8. Oktober ds. Js.** ab ist der

linksseitige Eyachtalweg

bis auf Weiteres für jeglichen Fuhrwerksverkehr **gesperrt.**

Neuenbürg.

Ein Paar

Läufer-Schweine

verkauft

Metzgermeister **Vogt.**

Stockholz,

20 Festmeter, gespalten, zu verkaufen.

Wilhelm Kull, Herrenalb, Schulhaus.

Pforzheimer Gold-Ankaufstelle

kauft **Gold, Silber, Platin** in Barren und fein, sowie **alte Schmucksachen** zum Einschmelzen, **Rosen** und **Brillanten,** ferner **Gold- und Silbermünzen,** in- und ausländische.

Edelmetall-Handlung A. Metsch,

Pforzheim, Waisenhausplatz 4, Tel. 3468.

S. K. **Heute abend „Germania".**

Karl Riexinger
Emma Riexinger
geb. Glauner

Vermählte

Feldrennach **Gräfenhausen**

September 1923.

Forstamt Neuenbürg.

Laubholz-Stammholz-, Stangen- und Schichtnutzholz-Verkauf.

Am Montag, den 8. Okt. 1923, vorm. 10 Uhr, kommen auf dem Rathaus in Dennach zum Verkauf: aus Staatswald Schaiblern, Mißlesgrund, Köhlerhüttle: 1) Stammholz 3 Eichen IV. und V. Kl. mit 2 Fm., 17 Rotbuchen III. bis V. Kl. mit 11 Fm.;

aus Staatswald Heuberg und Schillingssitz: 2) Stangen Stck.: 120 Baust. Ia—III. Kl., 115 Hagst. II. und III. Kl., 475 Hopfenst. I.—V. Kl., 380 Rebstecken I.—II. Kl., 190 Bohnenstecken;

aus Staatswald Rothau, Köhlerhüttle, Lohsee und Sausteig: 3) Schichtnutzholz Rm.: 13 Buchenspälter, 33 Buchenscheiter, 4 Nadelholzspälter und 2 Eichenanbruch.

Losverzeichnisse von der Forstdirektion, G. f. H., Stuttgart.

H. M. „Schiff".

Calmbach.

Eine ältere

Ziege

mit einem halbjährigen Jungen hat wegen Futtermangel zu verkaufen

Wilh. Keck

bei der großen Eyachbrücke.

Schömberg.

Zwei

Läufer-Schweine

sind zu verkaufen

Talstraße 27.

Rotensol.

2 guterhaltene

Herrenanzüge,

2 Paar

Herrenschuhe,

Nr. 43 bis 44, tauscht gegen **Kartoffeln, Mehl od. Frucht** eventl. auch frei zu verkaufen.

Pfeiffer z. „Rößle".

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw